

## **Land ohne Leute.**

### **Auswirkung des demografischen Wandels auf Stadtlandschaften und Infrastruktur**

*Von Elisabeth Niejahr*

Der Weg zur Grundschule von Laukaa führt durch Fichtenwälder und vorbei an großen, hellgrau leuchtenden Seen. An den Ufern stehen vereinzelt kleine Sommerhäuser, die man in Finnland »Möcki« nennt. Eine Anfahrt, die Skandinavien-Touristen entzückt und Schüler müde macht.

Matthias Platzeck, Ministerpräsident des Landes Brandenburg, fährt im Mai des Jahres 2004 nach Finnland, weil auch in seinem Bundesland über die langen Busfahrten für Jugendliche gestritten wird. Jahrelang sind immer weniger Kinder geboren worden, deshalb musste in den vergangenen Jahren ein Drittel aller Grundschulen schließen. Platzeck will herausfinden, ob das dünn besiedelte Finnland die passende Infrastruktur für Brandenburgs Zukunft hat; er fragt bei seiner zweitägigen Reise nach Schulen, Kindergärten, Kulturangeboten und Krankenhäusern. In Laukka, einer Kleinstadt mit 18000 Einwohnern in Mittelfinnland, erprobt eine Schule schon seit einigen Jahren Videounterricht.

»Welche Zeit zeigt diese Uhr an?«, will der Lehrer Illkka Linderoos von seinen Schülern wissen. Acht Jugendliche aus der neunten Klasse haben Deutschunterricht. In der Ecke des Klassenzimmers hängt eine Videokamera, zu sehen ist Emma, die in einer 15 Kilometer entfernten Schule sitzt und diesmal die richtige Antwort weiß: »Es ist halb acht.« Ihr Lehrer ist zufrieden und schiebt das Blatt mit der nächsten Aufgabe vor die Kamera über seinem Tisch. »Mit älteren Schülern gibt es wenig Probleme, aber es gehört einiges an Disziplin beim Videounterricht dazu: Man muss allein lernen, kann ja schlecht zwischendurch mit dem Tischnachbarn sprechen«, sagt der Lehrer Linderoos. Aber anders lassen sich bestimmte Fächer nicht mehr anbieten. Es gibt zu wenig Schüler, die Wege sind zu weit.

In Finnland leben 5,2 Millionen Menschen, so viele wie in Berlin und Brandenburg. Sie verteilen sich auf eine Fläche, die ungefähr so groß wie Deutschland ist. Der Videounterricht, der seit Mitte

der neunziger Jahre für viele finnische Schulen selbstverständlich wurde und vor allem für Sprachunterricht genutzt wird, ist nur eine von mehreren Konsequenzen der geringen Einwohnerdichte. Einige Kinder und Jugendliche übernachten im Winter in der Nähe der Schulen, fahren nur am Wochenende zurück nach Haus oder besuchen Internate. Ärzte haben gelernt, per Ferndiagnose zu behandeln. Im Norden des Landes liegen verschiedene Skiorte, die wegen ihrer geringen Einwohnerzahl keine Krankenhäuser, sondern nur kleine Ärztezentren haben. Immer wieder müssen die Mediziner sich dort um Unfallpatienten kümmern. Bei schwierigen Fällen schicken sie Röntgenaufnahmen an eine Fachklinik in Helsinki und tauschen sich mit deren Experten aus.

Die öffentliche Verwaltung hat früher als in anderen Ländern viele Informationen und Formulare über das Internet verfügbar gemacht. Drei Millionen Finnen nutzen das Internet regelmäßig, das sind 68 Prozent aller Bewohner des Landes. Im europäischen Maßstab ist das viel. Nur in Schweden und Norwegen ist der Anteil noch höher, in Deutschland liegt er bei fünfzig Prozent.

Den Finnen hat die Geographie beim Sprung in die Wissensgesellschaft geholfen. Vielleicht hat der demographische Wandel in Brandenburg oder Sachsen demnächst einen ähnlichen Effekt. Wenn auch die letzte Bankfiliale in der benachbarten Kleinstadt schließt, werden möglicherweise mehr Menschen lernen, ihre Bankgeschäfte im Internet zu erledigen.

### **Schrumpfen kann man lernen**

Schrumpfen kann man lernen – das ist die tröstliche Erkenntnis, die deutsche Politiker von ihren Finnlandreisen mit nach Hause bringen. Der Bevölkerungsrückgang erzwingt in den neuen Bundesländern und mit etwas Zeitverzögerung auch im Rest von Deutschland eine andere Infrastruktur. Schulen schließen oder werden zu Pflegeheimen umgewandelt, Krankenhäuser fusionieren, Busnetze müssen auf weniger Nutzer umgestellt werden. Schon heute gibt es in Brandenburg einen sogenannten Rufbus, der wie ein Taxi einzelne Fahrgäste an den Ort ihrer Wahl bringt, aber keine Taxipreise dafür nimmt. Für die Kommune ist das billiger als der reguläre Busbetrieb. Ein Filmvorführer zieht über die Dörfer und macht vorübergehend aus Landgaststätten Kinos (*siehe auch Text: Auswirkungen der alternden Gesellschaft auf Freizeit und Kultur und generationengerechte Gestaltung dieser Veränderungen von Dieter Brinkmann in der OnlineAkademie*).

Deutschland ist eines der am dichtesten besiedelten Länder Europas. Länder wie Finnland oder Kanada zeigen, dass es auch anders geht. Ostdeutschland wird einiges aus Skandinavien übernehmen – und westdeutsche Kommunen können von den Erfahrungen der neuen Bundesländer profitieren. Überall wird es schwer fallen, die heute bestehende öffentliche Infrastruktur weiter zu finanzieren.

Nur kommt es in den kommenden Jahren nicht allein auf effizienten Rückbau an. Es geht darum, wie sich Schrumpfen ertragen lässt. Das ist keine Frage der Organisation, sondern der Psychologie. Und dabei helfen auch Erfahrungen aus Finnland nicht weiter. Skandinavien war schon immer dünn besiedelt, die Finnen mussten ihre Ansprüche an Schulen, Schwimmbäder oder Theater nie stark reduzieren. Wie aber kommen Menschen damit zurecht, wenn erst der Nachbar zur Linken, dann der zur Rechten und schließlich sogar der Bürgermeister ein Dorf verlässt? Was heißt es für junge Familien, wenn ihre Kinder keine Gleichaltrigen mehr zum Spielen finden? In Sachsen wurden Schulkinder vorsichtshalber psychologisch betreut, weil in ihrer Nachbarschaft ganze Straßenzüge weggerissen wurden.

In beiden Teilen Deutschlands war die Verkehrs- und Infrastrukturpolitik jahrzehntelang ausschließlich auf Wachstum ausgerichtet. Weil es in Ballungsräumen nicht genug preiswerten Wohnraum gab, half der Staat mit Pendlerpauschale und Eigenheimzulage, Stadtgrenzen auszuweiten. Und die Politiker gewöhnten sich daran, dass Wirtschaftswachstum die Lösung von Verteilungskonflikten einfacher macht – beim Straßenbau, bei der Ausweisung von Bauland, bei der Denkmalpflege. In Ostdeutschland wurde nach der Einheit alles überdimensioniert geplant: Gewerbegebiete und Wohnviertel, Kläranlagen und Straßen. Die Stadtverwaltungen entwarfen und investierten, als müssten sie ihren Glauben an eine bessere Zukunft auf den Reißbrettern beweisen.

Diese Stimmung ist verflogen. Die Arbeitslosenrate in den neuen Bundesländern ist im Schnitt doppelt so hoch wie im Westen, es siedeln sich zu wenig neue Unternehmen an. Wer jung und gut ausgebildet ist, wandert ab, für die Zurückbleibenden kommt ein Kürzel aus DDR-Zeiten erneut in Mode: »Der Doofe Rest.« Deshalb heißt es häufig, für Ostdeutschland könne es nicht mehr viel schlimmer kommen.

Diese Annahme ist falsch. Vor allem zwei Faktoren werden dafür sorgen, dass der Lebensstandard im ostdeutschen Teil der Altenrepublik künftig noch niedriger sein wird als bisher: Erstens wächst eine neue, ärmere Generation von Ruheständlern nach. Die ostdeutschen Rentner waren bisher die Gewinner der Einheit, im Durchschnitt waren ihre Bezüge höher als im Westen. Vor allem Ehepaare im Rentenalter waren im Osten meistens besser dran. Wegen der hohen Frauenerwerbstätigkeit zu DDR-Zeiten hatten fast immer beide Partner Rentenansprüche.

Die Ostrentner von morgen jedoch werden die Verlierer der Einheit sein. Die Langzeitarbeitslosen von heute erwerben nur kleine Anwartschaften. In Westdeutschland hingegen rückt bereits jetzt eine Rentnergeneration mit steigenden Ansprüchen nach. Viele der heute sechzig- bis siebzigjährigen Frauen waren im Gegensatz zu ihren Müttern berufstätig, bei vielen jüngeren Rentnerpaaren gibt es zwei Einkommen – ein oft unterschätzter Grund für den Wohlstand der neuen Ruheständler. Zweitens werden in Ostdeutschland demnächst Lehrlinge und Studenten knapp. Schon jetzt wird in Sachsen, Thüringen und Brandenburg allerorten über die Schließung von Schulen verhandelt und gerungen. ähnliche Probleme werden in den kommenden Jahren erst den Handwerksbetrieben und dann den Hochschulen zu schaffen machen.

Schrumpfen macht Angst. Bei einer Umfrage in Sachsen gaben mehr als 90 Prozent die massenhafte Abwanderung junger Menschen als drängendstes Problem des Landes an. Es bereitete den Befragten sogar mehr Sorgen als der Mangel an Arbeitsplätzen. Der Bevölkerungsrückgang ist für Politiker kein Gewinnerthema. Vertreter aller Parteien haben sich deshalb jahrelang weggeduckt, sobald die Rede darauf kam.

Die grüne Bundestagsabgeordnete Franziska Eichstädt Bohlig, Wohnungsmarktexpertin ihrer Fraktion, erinnert sich an eine gespenstische Szene aus der Startphase der rotgrünen Koalition: Der Kanzler besuchte die neuen Bundesländer, und die Fernsehkameras zeigten einen lächelnden Gerhard Schröder vor einer Fassade nahezu menschenleerer Plattenbauten. Schon damals standen in Ostdeutschland mehrere hunderttausend Wohnungen leer. Der Kanzler sprach von Aufbruch und stand doch, ohne es zu merken, vor einem Symbol ostdeutschen Niedergangs – vor einer Attrappe, ähnlich der Filmkulisse einer Goldgräberstadt im Westen. Damals waren Diskussionen über die bevorstehende Schrumpfung noch tabu, Bürgermeister gaben sich betont optimistisch und wer

widersprach, galt als Schwarzmaler und Investorenschreck. Was nötig war und was kurzfristig beim Wähler ankam, klaffte auseinander. »Ich bin doch kein Abrissminister«, hielt ein Verantwortlicher Eichstädt-Bohlig damals entgegen. Man schwieg und schaute weg.

In einigen ostdeutschen Städten kann man die Folgen heute riechen. In Cottbus, Stadtteil Sachsen-dorf, liegt zum Beispiel oft ein fauliger Geruch in der Luft. Der Druck in den Abwasserleitungen ist nicht stark genug, weil es zu wenig Anlieger gibt. Die Rohre verkeimen und wachsen zu. Kein Wunder: Die Siedlung wurde für 30000 Menschen angelegt, heute leben noch 16000 hier, und diese Übriggebliebenen sind in den verschiedenen Straßenzügen sehr ungleich verteilt. In einigen herausgeputzten Ecken können Besucher bestaunen, was sich aus DDR-Platten alles machen lässt: Die alten Gebäude wurden abgetragen, die Wände neu zusammengesetzt – zu hübschen zwei- oder dreigeschössigen Reihenhäusern mit kleinen Gärten vor der Tür.

Darauf sind die Lokalpolitiker von Cottbus stolz. Doch in den Jahren nach der Einheit haben auch sie Warnsignale ignoriert und die Infrastruktur auf Wachstum angelegt. Nun werden die Kosten für die Umrüstung der Kanalisation, die bei deutlich weniger Nutzern nicht funktioniert, auf rund 12 Millionen Euro geschätzt. Es kostet Geld, weniger zu werden.

Städte, die sich spät auf den Bevölkerungsrückgang eingestellt haben, müssen oft sogar zweimal zahlen: Erst für die Sanierung, dann für den Abriss. In Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel haben die Lokalpolitiker lange an bessere Zeiten geglaubt. Häuserblock für Häuserblock wurde auch in Plattenbausiedlungen mit öffentlichem Geld saniert. Die Chancen, dass sie jemals wieder bewohnt werden, sind gering. Im Jahr 2015 werden in Neubrandenburg voraussichtlich nur noch 65000 Einwohner leben. 2003 waren es noch 76000, 1981 sogar 96000.

Knapp die Hälfte aller Mittel der Bundesregierung für den »Stadtumbau Ost« wird heute schon für den Abriss von Häusern ausgegeben. Zwischen 2001 und 2003 sind bereits 31000 Wohnungen mit staatlicher Hilfe vernichtet worden – Platz genug für die Einwohner einer mittelgroßen Stadt. Innerhalb von acht Jahren sollen 350000 leer stehende Wohnungen mit staatlicher Förderung »vom Markt genommen werden«, wie es das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen beschönigend nennt.

## Die Entdeckung der Demographie

Falls Historiker einmal rückblickend nach einem Dokument suchen, an dem sich das plötzlich erwachte Interesse der Deutschen am demographischen Wandel ablesen lässt, stoßen sie vielleicht auf ein Schriftstück aus dem Brandenburger Landtag vom Februar des Jahres 2004. Die Drucksache 3/7088 listet auf 44 Seiten die Folgen von Alterung und Bevölkerungsrückgang für fast sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens auf.

Der Bericht handelt von den Konsequenzen für die brandenburgischen Kirchen (die katholischen Gemeinden bekommen mehr Verstärkung durch Zuwanderer als die Protestanten), von der Zukunft der Sportvereine (beim Mannschaftssport sind »existenzielle Probleme« wegen des Mangels an Jugendlichen zu erwarten) und sogar von der Zukunft der sorbischen Minderheit (wo die Demographie ausnahmsweise keine Probleme schafft). Der Bericht zeigt Auswirkungen, auf die ein Laie kaum jemals gekommen wäre, zum Beispiel bei der Justiz: Eine geringere Zahl von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bedeute vermutlich auch weniger Kriminalität, heißt es. Momentan seien 46 Prozent aller Straftäter jünger als 25, und diese Altersgruppe werde in Zukunft deutlich kleiner sein.

In Zahlen liest sich Brandenburgs Zukunft so:

- Heute ist jeder sechste Brandenburger älter als 65, im Jahr 2020 wird es jeder Vierte sein.
- Die Zahl der Frauen zwischen zwanzig und dreißig sinkt bis 2020 um 56400, was 43 Prozent entspricht – ohne Gegenmaßnahmen wird es also mittelfristig deutlich weniger potenzielle Mütter und damit langfristig noch weniger Kinder geben.
- Der Schuldenstand pro Einwohner wird sich mehr als verdreifachen, er steigt von aktuell 5886 Euro auf rund 20300 Euro pro Einwohner. Die Kreditfinanzierungsquote steigt von 12,1 Prozent auf rund 30 Prozent.
- Mehr als 200 von ehemals 457 weiterführenden Schulen müssen »aus dem Netz genommen werden«. Die Anfahrtswege für die Schüler werden deutlich länger, bei Gymnasien zum Beispiel steigt der Einzugsradius von heute 278 auf etwa 350 Kilometer. Im

ebenfalls dünn besiedelten Schleswig-Holstein deckt jedes Gymnasium bloß einen Umkreis von durchschnittlich 154 Kilometern ab.

- Für das Jahr 2020 erwartet die Landesregierung nicht einmal die Hälfte der Schüler des Jahres 2001. Die Zahl der 12- bis 16-Jährigen werde sich »bis zum Schuljahr 2010/2011 gegenüber 2001 in etwa halbieren«, heißt es.

Die Landesregierungen von Sachsen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen haben ähnliche Berichte vorgelegt. Alle handeln nicht von Grundsatzfragen, sondern von praktischen Konsequenzen für Länder und Gemeinden. Der demographische Wandel ist ein Alltagsproblem geworden. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es immer wieder Phasen, in denen aus Ideen Institutionen wurden. In den achtziger Jahren führten unterschiedlichste Behörden Frauen- oder auch Umweltbeauftragte ein. Im April 2004 erfand die Stadt Bielefeld den Posten der Demographiebeauftragten: Die 52-jährige Soziologin Susanne Tatje soll bei städtischen Planungen vom Straßenverkehr bis zur Größe der Kindertagesstätten mitreden und mitentscheiden.

Die eigenwilligste Initiative zum demographischen Wandel bietet Ideen und schräge Bilder an: Shrinking Cities, ein von der Bundeskulturstiftung gefördertes Projekt. Architekten haben darüber nachgedacht, für welche Künstler die leeren Siedlungen von Hoyerswerda oder Schwedt attraktiv sein könnten. Ihr Vorbild ist die Stadt Manchester, die in den achtziger Jahren etwa ein Fünftel ihrer Einwohner verlor, dann die Kunst- und Musikszene anzog und schließlich auch andere Bewohner faszinierte. Außerdem hat Shrinking Cities bunte, lustige Modelle für den Umbau von Plattenbauten vorgelegt: Einige Siedlungen könnten demnach in einen riesigen Zoo umgewandelt werden – oder in rot bemalte Kunstobjekte, von oben bis unten mit Basketballkörben übersät. Für ein Gebäude in Schwedt, zu DDR-Zeiten Zentrum der ostdeutschen Petrochemie, haben die Künstler ein Biotop vorgesehen. Vielleicht hat der Osten ja seine größte Chance, wenn er Helmut Kohls Bild von den blühenden Landschaften wörtlich nimmt.

### **Der hilflose Westen**

Klaus Wermker sieht wenig Grünes, wenn er aus dem Fenster schaut. Von seinem geräumigen Büro in der 14. Etage blickt er auf Hochhäuser, Straßen, eine Synagoge und viel morgenroten Himmel.

Am Horizont einige Schlote, dahinter beginnt Duisburg. Viel dichter besiedelt kann eine Region kaum sein. Könnte man meinen.

»Der Eindruck täuscht«, sagt Wermker, der das Büro für Stadtentwicklung in der Essener Kommunalverwaltung leitet. »Für uns ist der Rückgang der Bevölkerung ein riesiges Problem.« In der Zeit von 1962 bis 2001 sank die Zahl der Einwohner von Essen um 20,3 Prozent, teils durch Abwanderung, teils dadurch, dass mehr Menschen starben als geboren wurden. Das hat eine ganze Reihe unerwünschter Folgen: Steuereinnahmen und Kaufkraft fallen weg, die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt leidet, Infrastruktur wird nicht mehr gebraucht. Auf Wermkers Schreibtisch liegen Grafiken und Tabellen, die allesamt düstere Zukunftsaussichten illustrieren: Die Stadt rechnet damit, bis 2015 weitere 83000 Einwohner zu verlieren – überwiegend wegen der ungünstigen Altersstruktur. Wermker gehört ebenfalls zu denen, die frühzeitig gewarnt und dabei in viele verschlossene Gesichter geschaut haben. Auch in Essen, ganz tief im Westen, hatten die meisten Politiker für Schrumpfszenarien lange nicht viel Sinn.

In Essen ist der Süden alt und wohlhabend und der Norden arm und kinderreich. Wermker wohnt im Ortsteil Baldeney im Süden. Dort kann er sehen, wie nicht nur Menschen, sondern auch Stadtviertel altern. Auch im Sommer spielen keine Kinder auf den Bürgersteigen; dafür stehen vor den Häusern die kleinen Autos von der ambulanten Pflege. In den meisten Städten im Ruhrgebiet gibt es ein ähnliches Nord-Süd-Gefälle. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) warnt vor einer wachsenden Kluft zwischen beiden Welten. »Altersaufbau und Einkommensniveau von Nachbarschaften werden immer einseitiger«, heisst es in einer Studie über das Ruhrgebiet. Früher sei der Stadtteil Hinweis auf die soziale Herkunft gewesen, heute teilten sich die Städte zunehmend auch nach Altersgruppen auf. Teilen des Reviers drohe die »Vergreisung«, heisst es.

Besuch in Katernberg, einem Stadtteil im Essener Norden. Wermker hat sich eigens Zeit genommen, man fährt vorbei an alten, geschwärzten Zechensiedlungen. Viele Geschäfte haben türkische Namen. Der Ausländeranteil liegt hier bei 39 Prozent, in der Kindertagesstätte, die Wermker ansteuert, sogar bei 80 Prozent. Auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Zollverein hat die Stadt in

einem umgebauten Schalthaus mit alten Metallstreben und weißem Mauerwerk eine riesige Kita eingerichtet. Auf fast tausend Quadratmetern können sich die Kinder austoben.

Wermker, ein Sozialdemokrat, ist stolz auf die restaurierte Industriearchitektur. Er kann viel von der Mentalität des Ruhrgebiets erzählen, vom unterentwickelten Selbstbewusstsein der Region und davon, dass erst mit dem Hochschulbau der vergangenen 30 Jahre eine akademisch gebildete Mittelschicht entstanden ist. Wer mit dem Stadtentwickler in Essen unterwegs ist, fragt sich zwangsläufig, wie lange diese Schicht sich halten wird. Auch in Essen hat sie nur wenige Kinder. In den alten proletarischen Vierteln wächst derweil eine Generation heran, die schlechte Chancen hat, in der Welt von morgen mitzuhalten. Eines von vier Kindern in Katernberg ist auf Sozialhilfe angewiesen, in ganz Essen eines von sechs. »Wir leben in einer Gesellschaft, in der ausgerechnet die benachteiligten Familien den Nachwuchs aufziehen«, warnt Klaus Peter Strohmeier, Professor für Stadtplanung und Stadtentwicklung an der Universität Bochum, der ebenfalls die demographischen Probleme im Ruhrgebiet untersucht hat.

Man müsse jetzt »weiterer Überalterung entgegenwirken«, heißt es deshalb in einer Planungsvorlage der Stadt. »Zentrale Zielgruppen sind größere Haushalte mit Kindern und jüngere Zweipersonen-Haushalte in der Expansionsphase.« Obwohl die Stadt pleite ist, hat sie Prämien in Höhe von mehreren tausend Euro für junge Hauskäufer von außerhalb ausgesetzt. Bisher hat das allerdings nicht viel gebracht. In den kommenden Jahren wird es schwieriger, junge Familien anzuziehen. Es wird noch weniger von ihnen geben als bisher, und gerade deshalb werden sie sich aus Lockangeboten vieler Kommunen das attraktivste auswählen können.

Wer verliert, ist absehbar: Der Osten wird im Vergleich zum Westen weiter zurückfallen, gleichzeitig wird das NordSüd-Gefälle härter. Boomregionen wie München bleiben vermutlich lange verschont, ärmere Städte wie Gelsenkirchen oder Bremerhaven haben wenig Chancen. Der Bevölkerungsrückgang verschärft die bestehende Ungleichheit.

Außerdem verhindert der Wettbewerb der Städte eine ökologisch sinnvolle Siedlungspolitik. Gerade für junge Familien ist bei der Wahl des Wohnorts häufig entscheidend, ob eine Stadt billiges Bauland zur Verfügung stellt. Die Kommunen stehen damit vor einer schwierigen Entscheidung:

Angesichts des Leerstands in den Innenstädten ist es aus Sicht der Städteplaner eigentlich aberwitzig, die Zersiedelung des Umlands weiter voranzutreiben. Doch viele junge Paare träumen nach wie vor vom Eigenheim im Grünen – und kaum eine Stadt kann sich erlauben, auf diese Bürger zu verzichten.

Eine echte Stärke der neuen Bundesländer, das gute Angebot an Kinderbetreuung, fällt bei der Ortswahl junger Menschen weniger ins Gewicht. In Brandenburg kommen auf hundert Kleinkinder 52 Krippenplätze, in Bayern nur zwei. Aber ausgerechnet dort, wo es für Eltern nicht schwer ist, den Sohn oder die Tochter stundenweise abzugeben, wandern besonders viele junge Frauen ab: Aus allen ostdeutschen Bundesländern verabschieden sich deutlich mehr junge Frauen als Männer; Bevölkerungswissenschaftler haben sich dafür den hübschen Begriff der »Amazonisierung« ausgedacht. Dennoch haben sich die meisten Länder und Gemeinden vorgenommen, trotz Sparzwängen und Geburtenlücken an ihren Kitas und Kinderkrippen möglichst lange festzuhalten.

Viel können die meisten Kommunen und auch die Länder ohnehin nicht tun. Die Regierung von MecklenburgVorpommern hat für heimwehkranken Ausgewanderte eine Rückkehreragentur gegründet, die vor allem Informationen über das Heimatland liefert. Die Sachsen haben für die gleiche Zielgruppe ein Internetportal mit dem rührenden Titel [www.sachsekommzurueck.de](http://www.sachsekommzurueck.de) installiert; dort wird unter anderem über Jobofferten informiert. Die jungen Ostdeutschen, die zunächst mit finanzieller Unterstützung der Arbeitsämter, so genannten Mobilitätshilfen, in den Westen gelenkt wurden, sollen nun wiederum mit staatlicher Unterstützung zurückgewonnen werden.

Einige Städte nahe der polnischen Grenze setzen auch auf Mieter und Hauskäufer aus Polen, wo Wohnraum knapper ist. Oft machen allerdings Formalia die Vermietung an ausländische Interessenten schwer. Andere Lokalpolitiker halten mehr von Angeboten, über die sich die Kommunen mit ortsansässigen Betrieben verständigen müssten: Wer der Arbeit wegen in eine bestimmte Stadt zieht, bekäme zum neuen Job die Wohnung gleich dazu. Doch möglicherweise reizt das viele Arbeitnehmer gar nicht, schließlich ist das Wohnungsangebot in den meisten ostdeutschen Städten ohnehin sehr groß. In Leipzig ist es üblich, dass Mieter zwei-, dreimal umziehen auf der Suche nach den attraktivsten Räumen. Der Makler werden grundsätzlich vom Wohnungsinhaber bezahlt, er ist

die schwächere Partei im Mietgeschäft. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Hausbesitzer versuchen, mit vielerlei Zusatzangeboten bis hin zum Kurzurlaub auf Mallorca Interessenten anzuwerben.

Dann gibt es noch die Möglichkeiten, Mallorca Konkurrenz zu machen – und sich als Altersruhesitz für Rentner zu profilieren. Erste Oststädte, etwa die thüringische Kleinstadt Meiningen, werben auf ihrer Homepage schon mit dem Etikett »Seniorenresidenz«. Wer diese Idee verfolgt, muss allerdings doppelt Überzeugungsarbeit leisten: bei den Rentnern und bei den Einheimischen. Die fürchten in der Regel die Überalterung und wollen sie nicht auch noch weiter forcieren.

Bezeichnenderweise sind Ängste und Abwehr am stärksten in Orten, in denen es schon einen hohen Altersdurchschnitt gibt. Gerade wer sich dem Rentenalter nähert, will offenbar ungern unter Rentnern leben. Es ist der gleiche Reflex, mit dem sich der Kleinbürger besonders stark vom verwahrlosten Sozialhilfeempfänger im Nachbarhaus bedroht fühlt: Man hat Angst vor dem, was näher rückt.

### **Alt werden mit Goethe**

Als Magda Bahnsen auf die Idee kommt, nach Weimar zu ziehen, ist sie 63 Jahre alt. Eigentlich ist sie auf Durchreise mit ihrem Mann Richard, der wie sie selbst im wahren Leben einen anderen Namen trägt. Richard Bahnsen ist Pastor in einer fränkischen Kirchengemeinde und mit seiner Frau auf dem Weg zu einem Pfarrkonvent. Beide übernachten in Weimar und schlendern vor der Weiterfahrt um die Herderkirche und die anliegenden Gärten. »Vogelzwitschern, Morgensonne, blühende Rosen und viel Geschichte – wir fanden die Stadt zum Verlieben«, sagt Magda Bahnsen. An das Datum erinnert sie sich heute noch: 28. Juni 2001. Als sie zurück in ihrem Pfarrhaus sind, ruft Bahnsen die ersten Immobilienmakler an.

Pastoren, die in den Ruhestand gehen, sind grundsätzlich in einer besonderen Situation: Von ihnen wird erwartet, dass sie sich nicht in ihrer ehemaligen Kirchengemeinde niederlassen. Meistens sind viele und enge persönliche Beziehungen zu den Mitgliedern der Gemeinde gewachsen. Wenn die Alten im Ort bleiben, machen sie leicht dem Nachfolger das Leben schwer. Deshalb ist es normal,

dass Pastoren kurz vor der Pensionsgrenze auch im weiteren Umfeld nach einer neuen Bleibe Ausschau halten.

Auch Magda Bahnsen sieht sich Wohnungen und Häuser in verschiedenen Städten an. München ist eine Möglichkeit, dort haben die Bahnsens früher gewohnt. Aber Häuser und Wohnungen sind zu teuer. Hamburg ist schön, aber zu weit entfernt. Eine erwachsene Tochter wohnt in Hamburg, die andere in München, was für einen Ort in der Mitte Deutschlands spricht. Göttingen kommt in Frage und scheidet dann doch wieder aus.

Schließlich bauen die Bahnsens ein Haus in Weimar, zentral gelegen und altengerecht. »Es ist für zehn Jahre gedacht, dann sehen wir weiter«, sagt Bahnsen. In den ersten acht Monaten waren schon über hundert Gäste in Weimar zu Besuch, darunter ein ganzer Bus voller Bekannten aus der alten Kirchengemeinde. Viele Freunde verstehen die beiden nicht. »Dass ihr euch in den Osten traut«, haben einige gesagt und den Kopf geschüttelt. Aber die Bahnsens fühlen sich wohl, auch wenn der Weg zu engen Freunden weiter ist. Richard Bahnsen kommt endlich zum Lesen. Seine Frau Magda hat schnell viele neue Bekanntschaften gemacht.

Einer davon ist der 42-jährige Carsten Meyer, Nachbar der Bahnsens und Geschäftsführer des Diakonischen Werks. Meyer ist überzeugt, dass Weimar als Rentnerwohnsitz eine Zukunft hat. »Die Stadt ist preiswert, sicher und auch zu Fuß gut zu bewältigen, sie hat ein großes kulturelles Angebot und einen ICE-Anschluss«, zählt er auf. »Alles Pluspunkte für ältere Menschen. Sie dürfen bloß nicht zu sehr an ihrer Scholle hängen.«

Bisher ist es Meyer nicht einmal gelungen, seine eigene Partei von dem Konzept wirklich zu überzeugen: die Grünen, für die er einige Jahre Dezernent für Planen und Bauen war. Weimar sei nicht »Pensionopolis«, spotten Freunde. Viele fürchten eine allzu museale Atmosphäre in der Stadt. Der Sozialwissenschaftler kann die Zurückhaltung verstehen. »Die Menschen hier erleben, dass die Kinder in den Westen gehen, nicht dass Eltern in den Osten kommen«, sagt er. »Aber wir brauchen die Alten, damit die Jungen bleiben. Mehr Einwohner, egal welchen Alters, bedeuten mehr Mieter oder Hausbesitzer, mehr Konsum, mehr Jobs.«

Auch ein Pflegeheim sei doch ein Arbeitgeber, ein mittelständischer Betrieb, sagt Meyer: »Wenn ein Heim mit neunzig Betten eingerichtet wird, bekommen die Anwohner davon höchstens zehn Pflegebedürftige jemals zu sehen – und zusätzlich fünfzig junge Menschen, die dort arbeiten«. Ohnehin sei nur ein kleiner Anteil der Alten pflegebedürftig. Viele Rentner hätten noch zehn, zwanzig oder sogar dreißig gesunde Jahre vor sich

Weimar gehört zu den wenigen ostdeutschen Städten, deren Einwohnerzahl bisher nicht zurückgeht, sondern steigt. Möglicherweise liegt das auch am Zuzug von Älteren. Die Bahnsens sind nicht die einzigen Rentner, die sich für die Stadt begeistern, und die Wohnformen für Ältere ändern sich. Das klassische Altersheim kommt für viele der jungen Rentner nicht in Frage. Es sei ein »Auslaufmodell«, sagt Helmut Braun, Chef des Kuratoriums Wohnen im Alter. Noch leben in Weimar fünfzehn Prozent Studenten. In wenigen Jahren wird ihr Anteil infolge des Geburtenrückgangs deutlich kleiner sein. Meyer will das durch den Zuzug von Ruheständlern ausgleichen und testet in Gedanken schon Werbeslogans. »Alt werden mit Goethe«, fragt er, »klingt das nicht gut?«

*Elisabeth Niejahr, geb. 1965, Volkswirtschafts-Studium in Köln und Washington sowie Ausbildung an der Kölner Schule für Wirtschaftsjournalisten. Während des Studiums zahlreiche Auslandsstipendien, u.a. für Aufenthalte in Indien, den USA und auf den Philippinen. Ab 1993 Spiegel-Korrespondentin in Bonn, seit Ende 1999 Korrespondentin der ZEIT im Berliner Hauptstadtbüro, Schwerpunkt: Sozialpolitik. Seit Anfang 2004 Mitglied in der Kommission "Familie und Demografischer Wandel" der Robert-Bosch-Stiftung (Leitung Prof. Kurt Biedenkopf). Seit Anfang 2005 stellvertretende Leiterin des Hauptstadtbüros.*

*Im Sommer 2002 erschien ein gemeinsam mit dem ehemaligen Spiegel-Kollegen Rainer Pörtner verfasstes Buch über Machttechniken: "Joschka Fischers Pollenflug und andere Spiele der Macht. Wie Politik wirklich funktioniert". Ende vergangenen Jahres erschien der "Pollenflug" als Taschenbuch im S. Fischer Verlag.*

*Im Oktober 2004 veröffentlichte der S.Fischer Verlag das Buch "Alt sind nur die anderen. So werden wir leben, lieben und arbeiten". Grundlage dafür war u.a. eine vierwöchige Recherche in die Vereinigten Staaten, die der German Marshall Fund ermöglichte. Das Buch wurde von Franz Müntefering in Berlin vorgestellt.*

**Redaktionelle Anmerkung:**

Der vorliegende Text „Land ohne Leute“ entstammt dem Buch "Alt sind nur die anderen" von Elisabeth Niejahr. Weitere Informationen zum Buch "Alt sind nur die anderen" finden Sie unter [www.fischerverlage.de](http://www.fischerverlage.de). Mit freundlicher Genehmigung des S. Fischer Verlages und der Autorin.